NW-Gespräch mit Egon Bahr : gemeinsame Sicherheit durch Teilen

Autor(en): **Bahr, Egon**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **85 (1991)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-143648

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gemeinsame Sicherheit durch Teilen

Der Partner dieses NW-Gesprächs, das Jean Villain für den «Nordkurier» Neubrandenburg und für unsere Zeitschrift geführt hat, ist engagierten Zeitgenossinnen und Zeitgenossen kein Unbekannter: Egon Karl-Heinz Bahr war der Architekt der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Brandt. Als Staatssekretär im Bundeskanzleramt hat er die Verhandlungen für den deutsch-sowjetischen Gewaltverzichtsvertrag 1971 und für den deutsch-deutschen Grundvertrag 1972 geführt. Egon Bahr ist Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und präsidiert die Sicherheitspolitische Kommission der SPD. Pazifistisch orientierte Leserinnen und Leser der Neuen Wege legen den Akzent gewiss mehr auf Friedens- als auf Sicherheitspolitik. Dass echte Sicherheitspolitik aber auch in Friedenspolitik übergehen muss, zeigt dieses Interview, zeigt vor allem der Schlussabschnitt, wo Egon Bahr zur Überwindung des Nord-Süd-Konfliktes den reichen Ländern den Verzicht auf die weitere Steigerung ihres Wohlstandes in den nächsten fünf bis zehn Jahren zumutet. *Red.*

Das Wunderding KSZE

NW: 1982, kurz bevor das Wettrüsten beiderseits des Eisernen Vorhangs mit der Stationierung neuer Raketengenerationen seinen Höhepunkt erreichte, brachten Sie den Begriff der «gemeinsamen Sicherheit» ins Gespräch und schlugen den Mitgliedern der NATO und des Warschauer Paktes eine gesamteuropäische Sicherheitspartnerschaft vor. 1990 korrigierten Sie ihre Position insofern, als Sie nun die Meinung vertraten, wirklich zukunftsträchtige gesamteuropäische Sicherheits- und Gleichgewichtsstrukturen liessen sich eher im Rahmen der KSZE als in demjenigen der NATO oder des Warschauer Paktes entwickeln. Wie sehen Sie das heute, nachdem die fünf neuen Länder voll in den Geltungsbereich der NATO einbezogen worden sind?

Egon Bahr: Gemeinsame Sicherheit war die Antwort auf die in der Menschheitsgeschichte völlig neue Tatsache, dass die Zweitschlagsfähigkeit, und damit die gegenseitig gesicherte Zerstörung durch Atomwaffen, die Hoffnung auf Sieg ausgelöscht hatte. Bis dahin hatte man glauben können, man bekomme Sicherheit durch Sieg über den bösen Gegner. Der dachte genauso. Der Rest ist in der Geschichte der Kriege nachzulesen. Die damals noch sehr umstrittene Erkenntnis, dass ein *Atomkrieg nur Verlierer* haben würde, ist heute schon fast Allgemeingut.

Nun zu Ihrer Frage. Normalerweise könnte man der Auffassung sein, ein Bündnis verliere in dem Augenblick seinen Sinn und erlebe den Anfang seines Endes, da es seinen Gegner verliert. Dies ist heute nicht mehr unbedingt der Fall. Genausogut kann ich mir vorstellen, dass sich die *NATO* von einem Instrument des Kalten Krieges zu einem *Instrument der gemeinsamen europäischen Sicherheit* entwickelt. Indem die NATO beispielsweise nicht nur die ehemalige DDR einbezieht, sondern auch die drei mittelosteuropäischen Staaten. Und dann die Sowjetunion. Mit der Tatsache, dass Polen, die CSFR und Ungarn in ein sicherheitspolitisches Vakuum, ein Niemandsland geraten sind, werden wir jedenfalls nicht auf Dauer leben können.

NW: Sie sagten: «... und dann die Sowjetunion ...». Weshalb dieses Nacheinander? Wäre nicht auch eine simultane Einbindung aller einstigen Mitglieder des Warschauer Bündnisses in ein solches System der europäischen Sicherheit denkbar?

Egon Bahr: Selbstverständlich! Das wäre die eine Möglichkeit. Die andere, die ich vorzöge, bestünde in der Weiterentwicklung der Strukturen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Gemessen an der ungeheuren politischen Wirkung, die sie bereits entfaltet hat, ist sie ein wahres Wunderding.

NW: Seit der KSZE-Konferenz vom November 1990, an der die Charta von Paris verabschiedet wurde, hört man allerdings kaum mehr etwas von ihr...

Egon Bahr: Das liegt zum Teil daran, dass sich die Menschen um Fragen der Sicherheit keine Sorgen mehr machen. Was ich für falsch halte. Ausserdem war das Interesse der Welt in der Folge auf den Golfkrieg, auf die jugoslawischen Ereignisse und auf die erregenden Entwicklungen innerhalb der Sowjetunion gerichtet. Dennoch: Die Charta von Paris ist unterzeichnet, die *Zeichen stehen auf Abrüstung,* und die sowjetischen Truppen haben ihren Rückzug hinter die sowjetischen Grenzen begonnen. 1994 wird er abgeschlossen sein. Bereits verabredet ist im übrigen eine vielleicht noch in diesem Jahr beginnende Konferenz der 35 europäischen Staaten, die sich – nach der Vorleistung des Bundeskanzlers, die deutschen Streitkräfte auf 370 000 Mann zu reduzieren – mit der Festlegung der Mannschaftsstärken europäischer Armeen befassen wird. Zugesagt sind ferner Verhandlungen über die vollständige Beseitigung der nuklearen Kurzstreckenwaffen.

NW: Welche besonderen Aufgaben, welche Verantwortungen hätte das neue Deutschland bei der Integration der osteuropäischen Staaten, inklusive Sowjetunion, in ein europäisches Sicherheitssystem zu übernehmen?

Egon Bahr: Ich glaube, dass Deutschland heute eine wirkliche prioritäre Aufgabe hat: die, seine innere Einheit herzustellen. Hängt doch die Erfüllung oder Nichterfüllung aussenpolitischer Aufgaben zuallererst von der Solidität des inneren Gewichts, der inneren Geschlossenheit des Landes ab. Ohne innere Stärke keine äussere! Wenn wir diese prioritäre Aufgabe, von der wir noch nicht wissen, ob, wie und bis wann wir sie lösen werden, gemeistert haben, ergibt sich für unsere Aussenpolitik, dass Deutschland gegenüber seinen Nachbarn ebensowenig territoriale Ansprüche hat, wie diese uns gegenüber. Das heisst, dass das *aussenpolitische Hauptinteresse Deutschlands ein europäisches* im Sinne europäischer Stabilität, europäischen Zusammenwachsens ist. Und, wenn man so will, ist dieses Hauptinteresse Deutschlands Dienst an einem Europa, in dem es Kriege nicht mehr geben soll und nicht mehr geben darf!

NW: Ein Dienst, der nicht ohne rüstungspolitische Folgen für Deutschland selber bliebe...

Egon Bahr: Wenn ich diesen europäischen Dienst richtig sehe, dann muss Deutschland auch den Mut haben, nein zu sagen. Beispielsweise zu Plänen, welche auf die Entwicklung neuer atomarer Waffen oder deren Stationierung auf unserem Boden abzielen.

Nicht an den bestehenden Staatsgrenzen rühren

NW: Die Warschauer Vertragsorganisation ist seit dem 1. April 1991 Geschichte. Das dadurch entstandene bündnispolitische Vakuum hat sicherlich mit dazu beigetragen, dass in einigen Ländern Osteuropas, wie etwa in Jugoslawien, zentrifugale Kräfte die Oberhand gewinnen. Welche realen Chancen geben Sie der KSZE oder auch der EG, hier zu vermitteln?

Egon Bahr: Eine Prämisse Ihrer Frage teile ich nicht. Ich glaube nicht, dass das Ende des Warschauer Vertrages zu dem beigetragen hat, was Sie zentrifugale Kräfte nennen. Ich meine, dass der Kalte Krieg die Nationalitätenkonflikte, die es immer gab, lediglich eingefroren hat. Jetzt, da es den Ost-West-Konflikt nicht mehr gibt, und die Tiefkühltruhe der Konfrontation auftaut, wird all dies wieder virulent. Wenn wir den Unterschied, den es zwischen Ost und West natürlich weiterhin gibt, analysieren, dann stellen wir zunächst fest, dass in *Westeuropa die Bedeutung der Nation abgenommen* hat. Und zwar im Interesse grösserer wirtschaftlicher Zusammenarbeit in grösserem Raum. Anders *im Osten Europas.* Dort stellt die *Nation ein Stück Hoffnung* gegenüber einem Zentralismus dar, der Selbstbestimmung unterdrückt hat. Wir haben es also mit gegenläufigen Entwicklungen zu tun. Das ist nicht

ungefährlich. Den Prinzipien der KSZE entsprechend, kann unsere Antwort darauf nur sein: Um Gotteswillen rührt nicht an den bestehenden Grenzen zwischen Staaten! Zwar haben wir diese Grenzen weder gemacht, noch lieben wir sie alle, doch ihre Respektierung ist die Grundlage einer friedlichen Entwicklung. Wenn überhaupt, können sie nur in Übereinstimmung aller Beteiligten, keinesfalls aber mit Gewalt, verändert werden.

Dieser *strikte Gewalt*verzicht in allen Grenzfragen ist die eine Grundlage einer friedlichen Entwicklung Europas. Die andere bestünde in der Schaffung eines *europäischen Minderheitenrechts,* denn ohne ein solches sind die berechtigten Wünsche von ethnischen Gruppen, die nun einmal in einem anderen Staat leben müssen, nicht zu befriedigen.

NW: Welche politischen und anderen Mittel – von Goodwill abgesehen – stehen den europäischen Gremien EG und KSZE zur Durchsetzung dieser Prinzipien denn jetzt schon zur Verfügung?

Egon Bahr: Im Grunde nur die Vernunft, die hoffentlich bei allen Beteiligten gross genug ist. Sodann wirtschaftlicher Druck, ausgeübt im Interesse dieser Vernunft. Und drittens Instrumente wie Krisenmanagement und Beobachterdelegationen. Diese wären unter Umständen weiterzuentwikkeln, bis hin zum Einsatz von *Grünhelmen,* dem europäischen Pendant zu den Blauhelmen der UNO. Natürlich unter der Voraussetzung, dass erstens die streitenden Seiten ihrem Einsatz zustimmen, und dass zweitens solche Grünhelme gar nicht erst in die Lage kämen, Konflikte gewaltsam zu lösen. Ihre Aufgabe bestünde darin, die jeweiligen Streithähne auseinanderzuhalten und so den Waffenstillstand zu garantieren.

NW: Was für zusätzliche Institutionen und Mittel wünschten Sie sich zu diesem Zweck?

Egon Bahr: Einen *europäischen Krisenstab,* in dem Diplomaten und Militärs zusammenwirken. Er sollte klein genug sein, um schnell entscheiden und eingreifen zu können. Was die Mittel betrifft, hat die KSZE immerhin bereits beschlossen, dass ein solcher Krisenmechanismus künftig schon in Gang gesetzt wird, wenn 12 der 35 Staaten ihn anfordern. Das heisst, man geht in Europa den richtigen Weg der Mehrheitsentscheidungen.

Kriegsverhinderung durch Stärkung der UNO

NW: Eine Frage an den Direktor des unabhängigen Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das Sie seit 1984 leiten: Trotz aller Bemühungen um Abrüstung wird weltweit weitergerüstet. Auch der Waffenhandel blüht, und neulich fand der Golfkrieg statt. Wieviele «kleine» Kriege dieser Art, von grossen ganz zu schweigen, kann sich die Menschheit eigentlich noch leisten?

Egon Bahr: Ich hoffe, dass der *Golfkrieg* der letzte seiner Art gewesen ist.

NW: Worauf gründet diese Hoffnung?

Egon Bahr: Erstens darauf, dass ein Krieg selbst bei präziser Technik, also «chirurgischem Eingriff», in seinen Auswirkungen nicht genau berechenbar ist.

NW: Siehe die kuwaitischen Ölquellen...

Egon Bahr: ... Und siehe die Zurückbombung eines Landes in eine fast vorindustrielle Situation. Aber auch die Umweltschäden können eben nicht genau vorhergesehen werden. Zweitens: Die phantastische Überlegenheit hoher Technologie gegenüber Entwicklungsländern wird die Dritte Welt natürlich um die Forderung scharen, dass Aktionen, die von den Vereinten Nationen nur autorisiert, nicht aber kontrolliert werden, künftig unterbleiben sollen. Die Art, wie man die Vereinten Nationen, nachdem sie ihre Unterschrift geleistet hatten, beiseite stellte, ist kein gutes Zeichen für die Zukunft.

NW: Gewiss nicht. Um derlei in Zukunft zu verhindern, müssten die UNO-Charta und der Funktionsmechanismus des Sicherheitsrates geändert werden.

Egon Bahr: Dass sich die Gipfelkonferenz in London für die Stärkung der Vereinten

Nationen aussprach, ist ein gutes Zeichen. Ich glaube allerdings, dass noch mindestens zehn Jahre vergehen, ehe wir das *Vetorecht* der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates durch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen ersetzt haben werden. Dies aber ist eine der Voraussetzungen dafür, dass die UNO, wie in der Charta vorgesehen, sich einen eigenen Generalstab zulegt und dann von den einzelnen Staaten Truppen rekrutieren kann.

NW: *Aber würden es sich die OECD-Länder denn gefallen lassen, von den Drittweltländern, welche in der UNO die Mehrheit stellen, dauernd überstimmt zu werden?*

Egon Bahr: Ich habe von *qualifizierten* und nicht von einfachen *Mehrheitsentscheidungen* gesprochen. Es ist irreal, zu glauben, dass man auf Grund eines Petitums von Malta oder Guinea eine Aktion gegen die beiden Weltmächte herbeiführen kann. Es müsste also sehr genau erwogen werden, unter welchen Quoren Mehrheitsentscheidungen zustande kommen sollten.

Schwierige Rüstungskonversion

NW: *Noch einmal zum Thema Abrüstung. Als Laie gewinnt man oft den Eindruck, es gehe dabei in Wahrheit eher um den Austausch veralteten Kriegsgeräts gegen neue, um vieles effizientere High-Tech-Versionen. Teilen Sie diese Befürchtung?*

Egon Bahr: Ja, sie ist ganz real. Das hat allerdings nicht den bösartigen Hintergrund, den man unterstellen könnte, sondern beruht zunächst auf ganz plausiblen *wirtschaftlichen Interessen.* So wundere ich mich darüber, dass in vielen westlichen Ländern zwar gesagt wird, man müsse die Gefahr der Arbeitslosigkeit berücksichtigen, könne die Wirtschaft also nicht so leicht und einfach von Kriegsmaterial- auf Friedensproduktionen umstellen, während von der Sowjetunion verlangt wird, eben dies ganz schnell zu tun. Doch natürlich fällt das der Sowjetunion nicht nur genauso schwer, sondern noch schwerer, zumal die Produktion von Waffen ihre Volkswirtschaft viel stärker belastet als beispielsweise diejenige Amerikas oder der Bundesrepublik. Um den Übergang so zu gestalten, dass er ohne schwere gesellschaftliche Erschütterungen erfolgt, wird man vernünftigerweise auch hier zusammenwirken müssen.

NW: *Welche realen Chancen sehen Sie hierfür?*

Egon Bahr: Ich sehe, dass es im Osten und im Westen zwei unterschiedliche Probleme gibt. Im Westen, in einer Gesellschaft, die im Grunde alles hat, haben wir uns nach offen gebliebenen Marktlücken umzusehen, wogegen der Osten eine einzige Marktlücke ist. Das heisst, die Konversion ist im Osten leichter, weil der dortige Markt aufnahmefähiger als der westliche ist. Daraus ergibt sich folgende Möglichkeit: Unter dem Einsatz gleicher Finanzmittel, das heisst unter Streichung der Friedensdividende, könnte man dafür sorgen, dass Produkte der westlichen Industrie dorthin kommen, wo sie gebraucht werden, nämlich in den Osten. Was allerdings das Vorhandensein eines *gigantischen Marshall-ähnlichen Planes* voraussetzt. Gleichzeitig könnte der Osten seine durch Rüstungsabbau freiwerdenden Mittel zur Entwicklung der eigenen – auch exportorientierten – Zivilproduktion nutzen. Das gäbe beiden Seiten den zeitlichen Spielraum, den sie zur sozial verträglichen Umgestaltung ihrer Wirtschaften brauchen.

Entweder kommen die Waren zu den Menschen, oder die Menschen gehen zu den Waren

NW: *Noch einmal zurück zum Stichwort Sicherheitspartnerschaft. Auch im Nord-Süd-Konflikt wird wohl nur eine solche die drohende Katastrophe abwenden können. Welche zivilen Inhalte müsste sie aufweisen, um in der Lage zu sein, die wachsenden Konfrontationspotentiale zu neutralisieren?*

Egon Bahr: Bisher galt auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs das Argument: «Indem wir rüsten, bezahlen wir für unsere Sicherheit.» In Zukunft werden wir in Ost und West gegenüber dem Süden gemeinsam so zu argumentieren haben: «Wir bezahlen für unsere Sicherheit, indem wir teilen.» Und zwar mit dem erklärten Ziel, den absolut inakzeptablen Abstand zwischen Arm und

Reich zu reduzieren, denn die Teilung der Welt ist heute nicht mehr ideologisch und machtpolitisch begründbar. Geteilt ist sie in Arm und Reich.

NW: Diese Teilung aufzuheben, gelänge aber nur, wenn sich in den hochentwickelten westlichen Ländern der Wohlstandsbürger zum Wohlstandscitoyen wandelte. Wie wollen Sie das bewirken?

Egon Bahr: Eine gute Frage! Ich glaube, das Problem lässt sich nur durch gründliche Aufklärung der Menschen über die gesamte Drittwelt-Problematik lösen. Ich meine Aufklärung, die nichts mit Parteien zu tun hat, die vielmehr alle Träger politischer Verantwortung gemeinsam leisten müssen. Ich bin der Auffassung, dass diese *wirklich globalen Fragen* – Arm und Reich, Sicherung der Umwelt – *dem parteipolitischen Gezänk entzogen* werden sollten. Hier handelt es sich um Probleme, denen wir alle gegenüberstehen, Schulter an Schulter. Die Parteien können zwar über bestmögliche Lösungen streiten, nicht aber über die Notwendigkeit, Lösungen zu suchen und zu finden. Wenn die Politik in diesem Punkt versagt, werden die Menschen sehr viel bitterer durch Erfahrung lernen müssen. Weil dann das, was wir am Ende der DDR erlebt haben, natürlich weltweit passieren wird: Entweder kommen die Waren zu den Menschen, oder die Menschen gehen zu den Waren.

NW: Die Völkerwanderung ist schon im Gang...

Egon Bahr: Selbstverständlich. Und das bedeutet, dass mit dem Ende des Ost-West-Konflikts auch das Ende jener Insel der Seligen gekommen ist, die da glaubten, hinter dem Schirm des Ost-West-Konfliktes könne man sich auch weiterhin gänzlich ungestört und selbstbezogen einzig um die Steigerung des eigenen Wohlergehens kümmern. Man wird umlernen müssen, auch wenn das manchen hart ankommt. Mein Ansatz dafür wäre, dass der phantastische *Wohlstand der reichen Länder* – sagen wir für fünf bis zehn Jahre – *eingefroren* werden sollte. Nach meiner Auffassung wäre ihr zeitweiliges Verharren auf dem gegenwärtigen Lebensstandard und der Transfer ihrer Überschüsse dorthin, wo er gebraucht wird, zumutbar.

---

du himmlischer vater – und mutter
du untergründiges geheimnis
«die wege sind oft krumm – und doch gerad
darauf du lässt die kinder zu dir gehen
da pflegt es fremd und seltsam auszusehen
doch triumphiert zuletzt dein hoher rat»
so komme denn dein geist über uns
ströme ein in uns
an unsern wunden stellen
ströme ein in unsre schüchternheit
die unsre begierde geliebt zu sein überdeckt
in unsren stolz unsre empfindlichkeit
unter denen die angst liegt nichts wert zu sein
ströme in unsre gleichmütigkeit
unter der die wut köchelt
dass wir unser glück noch nicht gefunden haben
in unsre furcht vor den schmerzen
weil es uns gut ging
und wir nichts fahren lassen wollen
was unser war
ströme ein in unsre lebenslust
die wir nicht recht zu spüren bekamen
komm über uns
wo wir wund sind
damit wir dir entsprechen
und zu uns selbst kommen
alles kranke müde und unechte
die schuld und den stolz
nimm uns ab
mach uns heil
du heilender geist
speise und tränke uns
damit wir kräftig werden
zu leben und etwas auszurichten

wir gedenken vor dir der not der völker
des hasses in jugoslawien
des hasses der furcht und der kleinen hoffnung
in israel und palästina in syrien und im libanon
wir gedenken der unsicherheit und des zorns
in den ländern osteuropas
das brot und der wein
den wir teilen
verbindet uns
mit unsrem bruder jesus
und mit den schmerzen und den hoffnungen
unsrer geschwister
auch die schöpfung
wird frei werden
von der knechtschaft der vergänglichkeit
zu der herrlichen freiheit der kinder gottes

(Hans-Adam Ritter, Fürbitte im Anschluss an die Predigt «Simson»)